

Vorwort

Die Ausbildung transnationaler Handlungssphären im Bereich von Ökonomie, Technik, Ökologie, Wissenschaft und Friedenserhaltung; die Integration der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union; die gleichzeitige soziale, politische und ökonomische Transformation osteuropäischer Gesellschaften und bei alledem die abnehmende Handlungsfähigkeit des Nationalstaates nach innen und außen sowie die Strapatierung der Kräfte der sozialen Kohäsion durch Prozesse der zunehmenden Individualisierung und Pluralisierung von Lebensformen – dieser vielfach unbewältigte Problemstau scheint ein Indikator dafür zu sein, daß die institutionellen Mittel des Staates, in dem sich die moderne Gesellschaft als Einheit beschreiben, ihre Entwicklung beobachten und im Bedarfsfalle korrigierend auf diese einwirken konnte, in der expansiven und korrosiven Dynamik der politischen Gesellschaft verbraucht oder entwertet worden sind.

Die Herausforderung, die in solchen oder ähnlichen Krisendiagnosen liegt, hat in den letzten Jahren auf seiten der Politikwissenschaft und Sozialphilosophie in Verbindung mit der Einschätzung, daß die Engpässe und Sackgassen moderner Politik zu einem gewichtigen Teil nicht auf ein »Zuviel«, sondern eher auf ein »Zuwenig« an gesellschaftlicher Demokratie und staatsbürgerlicher Teilhabe zurückzuführen seien, zu energischen und zum Teil bemerkenswerten Anstrengungen geführt, die Reartikulation demokratischer Prinzipien mit der Adjustierung ihrer Formen an die Prozesse einer komplexen und arbeitsteiligen politischen Willensbildung zu verbinden. Das setzte jenseits rein pragmatischer Erwägungen auch eine Neubesinnung auf Fragen durchaus fundamentaler Art voraus. Und zwar derart, daß Fragen nach der Rechtfertigung demokratischer Prinzipien neben Fragen nach Problemen der Anwendung dieser Prinzipien treten und sich mit Fragen nach der Genese demokratischer Formen verbinden; daß Prinzipien der individuellen (Präferenz-)Autonomie mit der Idee kollektiver Selbstbestimmung neu zu balancieren waren; oder daß Formeln der normativen Integration demokratischer Gesellschaften gefunden werden mußten, die für Prozesse systemischer Differenzierung und Phänomene ethisch-kultureller Pluralisierung aufnahmefähig bleiben sollten. Nicht zuletzt aber, und auch darüber herrschte und herrscht weitgehend Konsens, mußte es um den Preis der Irrelevanz demokratischer Prinzipien darauf ankommen, Möglichkeiten zu erkunden, wie es gelingen könnte, den politischen Entscheidungen dorthin zu folgen, wo sie tatsächlich fallen und die Installation demokratischer Strukturen ober- und unterhalb der Schwelle des Nationalstaates ins Auge zu fassen.

Nun ist es angesichts dieser zum Teil hochgesteckten Ziele und der positiven Erwartungen an das Prinzip demokratischer Partizipation nicht verwunderlich, daß mit Blick auf die damit verbundenen strukturellen, institutionellen und subjektiven Anforderun-

gen an die »weitergehende Demokratisierung real existierender Demokratien« auch die Schatten notorischer Zweifel an einer bürgerschaftlichen, zivilgesellschaftlichen Radikalisierung der Idee der Demokratie schnell wieder länger wurden. Im Kern beziehen sich diese Zweifel auf die praktische Grundfrage, ob man es den Menschen zutrauen kann, sich als Gleiche selbst zu organisieren und das für sie kollektiv Beste und Vernünftige selbst zu ermitteln – kurz: ob man, in realistischer Einstellung, nicht besser davon ausgehen sollte, daß die partizipatorische Demokratie als Regierungsform zu einfach für komplexe Probleme und dennoch zu komplex und anforderungsreich für ihre Bürger ist. Derartige Zweifel haben, auch wenn sie zunächst erneut, wie nicht anders zu erwarten, vor allem von Vertretern eines realistischen, elitenorientierten Ansatzes artikuliert wurden, inzwischen auch jene eingeholt, die im Prinzip eine energische Reform und Ergänzung repräsentativer Strukturen befürworten – und auch dafür gibt es durchaus Gründe: der Einfluß der Bürgerbewegungen in Osteuropa ist ihrer Institutionalisierungsschwäche zum Opfer gefallen, während die neuen sozialen Bewegungen im Westen im Zuge ihrer politischen Professionalisierung und institutionellen Anpassung einiges von ihrem basisdemokratischen Charme verloren haben; die Politik einer Selbstmoralisierung der bürgerlichen Gesellschaft, die schon immer das notwendige Komplementärstück eines autonomen zivilgesellschaftlichen Handlungszusammenhangs darstellte, scheint an strukturellen Grenzen der Moralisierbarkeit individuellen und kollektiven Handelns aufzulaufen; und die Probleme der Globalisierung von Handlungszusammenhängen scheinen den Bedingungen und Voraussetzungen partizipatorischer Demokratie eher entgegenzustehen.

Diese Erfahrungen der letzten Jahre sind gewiß geeignet, allzu euphorischen Erwartungen entgegenzuwirken. Sie nötigen aber nicht zur Preisgabe der Reformideen, sondern legen es im Gegenteil eher nahe, bei der Bestimmung angemessener Reformperspektiven ein größeres Maß an institutioneller Phantasie, die den gegebenen Verfassungsrahmen auch übersteigen darf, zu investieren. Und das deshalb, weil die Skepsis gegenüber allzu radikalen Alternativen zur Logik und zum Modell des repräsentativen Rechtsstaates nicht die aus einer allenthalben sichtbaren Konditions- und Leistungsschwäche des modernen Staates resultierenden pragmatischen Gründe verdecken sollte, die neben normativen Fragen für eine Neukonzeptualisierung des Projekts der Demokratie maßgeblich sind. Zwar gerät die Idee der Demokratie im Zuge ihrer erweiterten Inanspruchnahme unter einen gewissen Streß; aber diesen Streßfaktoren kann und muß, wie ich hoffe zeigen zu können, ein anderer institutioneller Zuschnitt demokratischer Prozesse wenigstens ein Stück weit Rechnung tragen.

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die leicht veränderte und in Teilen ergänzte Fassung der Arbeit, die vom Fachbereich 05 der Universität Hamburg im Sommersemester 1994 als Habilitationsschrift angenommen worden ist. Sie fußt auf Gedanken, die sich im Laufe der letzten Jahre langsam entwickelt haben. Dieser Prozeß ist denn auch dadurch dokumentiert, daß ich an verstreuten Stellen auf bereits publizierte Arbeiten zurückgegriffen und die darin enthaltenen Überlegungen in den hier vorgelegten übergreifenden Argumentationszusammenhang eingefügt habe. Darüber hinaus stellt die Arbeit selbstverständlich keine isolierte Einzelleistung dar, sondern ist in gewisser Weise auch ein Gemeinschaftsprodukt – wenn auch als solches von den

daran im engeren Sinne über Gespräche, Diskussionen und eingehende Kritik Beteiligten nicht kollektiv intendiert oder gar zu verantworten. Aus dem Kreis dieser Personen kann ich an dieser Stelle nur jene besonders hervorheben, die die Arbeit in den Jahren ihrer Entstehung mit ständiger Diskussionsbereitschaft, wertvollen Hinweisen oder deutlicher, aber immer konstruktiver Kritik freundschaftlich begleitet haben. Dafür möchte ich mich vor allem bei Udo Bermbach, Hubertus Buchstein, Gerhard Göhler, Michael Th. Greven, Hans Grünberger, Ansgar Klein, Herfried Münkler, Frank Nullmeier, Thomas Saretzki und Rudolf Speth bedanken. Für die Publikation schließlich war das geduldige Interesse von Herrn Kühler vom Nomos-Verlag und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihm für mich von großem Wert.

Freilich hätte die Arbeit trotz dieser Bemühungen ohne die andauernde Ermunterung und Unterstützung durch Heidrun und Oliver so nicht entstehen können. Und zwar nicht nur, weil sie mir den notwendigen privaten Rückhalt gerade angesichts der notorischen Unsicherheiten und immer wieder aufkommenden Zweifel nie versagt haben; sondern vor allem auch deshalb, weil es ihnen gelungen ist, dafür zu sorgen, daß sich mein Leben während dieser Zeit nie gänzlich auf eine Logik des »Danach« eingestellt hat – Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

